Positionspapier des „Bündnis für eine Soziale Stadt in Hessen“ zu den Folgen der Corona-Pandemie in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren und Möglichkeiten zu deren Abmilderung

Wir, das Bündnis für eine Soziale Stadt in Hessen, sind ein Zusammenschluss aus 25 Kommunen und über 30 Partner*innen aus Wohlfahrtsverbänden, Trägern der Gemeinwesenarbeit, sozialen Initiativen, Forschung und Wohnungswirtschaft. Seit unserer Gründung 2011 setzen wir uns für eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensverhältnisse in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf ein.

Als unseren gemeinsamen Ausgangspunkt sehen wir die gesammelten Erfahrungen in der Gemeinwesenarbeit und die erfolgreichen partizipativen Aufwertungen von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf.

Ein Potenzial der Gemeinwesen- und Quartiersarbeit ist ihre wichtige Funktion als Seismograph für problematische Tendenzen und Entwicklungen. Denn Gemeinwesenarbeit schenkt den Bewohner*innen ein Gehör und kann so neue Perspektiven zu Hintergründen von Problemen und Möglichkeiten zu ihrer Lösung in Erfahrung bringen, die häufig außerhalb der üblichen Wege liegen. Aufgrund dieses Potenzials verstehen wir uns als Partner des Landes Hessen bei der Einschätzung von problematischen Entwicklungen in den Quartieren und dem Finden von Lösungsstrategien.

Dies war für uns seit Anfang dieses Jahres Motivation, uns mit allen Bündnispartner*innen in einen intensiven Austauschprozess zu begeben, um die aktuelle Lage in den Quartieren, deren neue Herausforderungen und Folgen der Corona-Pandemie für benachteiligte Personengruppen zu besprechen. Dabei kam auch der Debatte über notwendige Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen eine besondere Bedeutung zu.

Die Ergebnisse fassen wir in diesem Positionspapier zusammen und öffnen damit den Diskurs für eine breite Öffentlichkeit.

Folgen der Corona-Pandemie in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren

Insgesamt wurde erneut deutlich, dass Mechanismen der Ungleichheit fest in unserer Gesellschaft verankert sind und vor allem in unsicheren und krisenbelasteten Zeiten diejenigen Gruppen am stärksten betroffen sind, die zuvor bereits gesellschaftlich benachteiligt waren: Alleinerziehende, armutsgefährdete, arme und benachteiligte Menschen oder pflegende Familien. Nicht nur in Hessen, sondern bundesweit leben diesen Merkmalen zuzuordnende Personengruppen häufig konzentriert in den Quartieren, die wiederum zusätzlich durch eine Konzentration sozialräumlicher Problemlagen gekennzeichnet sind.

Die Corona-Pandemie verschärfte hier bestehende Problemlagen und ließ andere deutlicher als je zuvor sichtbar werden:

1. Vereinsamung, Rückzug und Schwächung des sozialen Zusammenhalts

Die, durch die Corona-Pandemie bedingten andauernden Kontaktbeschränkungen führen zu Vereinsamung und Rückzug. Aufgebaute, vorhandene Gemeinschaftsstrukturen verschwinden zusehends und sind schwer zu reaktivieren. Wichtige Prozesse der Begegnung, der Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens und der Abbau von Vorbehalten gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen wurden unterbrochen.

Die negativen Folgen treffen besonders Kinder und Jugendliche sowie Frauen und Senior*innen aus benachteiligten Quartieren.

Kinder und Jugendliche sind stark von der sozialen Isolierung betroffen. Ihnen ist es kaum möglich, Freund*innen und Gleichaltrige zu treffen. Soziales Lernen und wichtige Peer-Erfahrungen finden deutlich weniger und nur sehr eingeschränkt statt. So können jugendspezifische Entwicklungsaufgaben, wie die Loslösung vom Elternhaus, Aufbau von Freundschaften/Partnerschaften, politische Meinungsbildung, Sammeln von Partizipationserfahrungen oder das Kennenlernen der eigenen Sexualität, nicht adäquat bewältigt werden.

Insbesondere in benachteiligten Quartieren sind traditionelle Rollenverteilungen zwischen Mann und Frau verstärkt vorzufinden. So waren und sind es insbesondere die **Frauen** in benachteiligten Quartieren, die die Belastungen des Homeschoolings abfedern mussten und besonders hart vom Wegfall offener Angebote der Betreuung und Unterstützung betroffen waren.

Ältere und alte Menschen ziehen sich aufgrund der Ansteckungsgefahr stark zurück und isolieren sich bzw. werden durch Dritte isoliert. Alte und ältere Menschen haben oft keine Möglichkeit der „digitalen Teilhabe“ und verlieren dadurch selbst den visuellen Kontakt zur Familie und den Anschluss an die Gemeinschaft. Durch den Wegfall von ehrenamtlichen Angeboten, wie Nachbarschaftshilfen entstehen Lücken bei den Versorgungs-, Unterstützungs- und Teilhabemöglichkeiten dieser Bewohner*innen.

2. Verstärkung und Manifestierung der Bildungsbenachteiligung

Die bisherige Aussetzung des Präsenzunterrichts, der Wechselunterricht und der stark eingeschränkte Betrieb der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie Spiel- und Lernstuben wird die bestehende Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Quartieren weiter verstärken und manifestieren. Die LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Mitglied des Bündnisses für eine Soziale Stadt, hat auf die

Bedingungsfaktoren „Materielle Armut", „Ungleiche Bildungsvoraussetzungen im Elternhaus" und „fehlende Strukturen für einen geregelten Fernunterricht" bereits in ihrem Positionspapier „Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Quartieren – Auswirkungen der Corona-Pandemie" hingewiesen. Dieses wurde am 20. August 2020 an das Sozial- und Kultusministerium verschickt.

Auch der Übergang von Schule zu Beruf ist in der derzeitigen Situation besonders schwierig. Durch die Corona-Pandemie verringert sich das Angebot von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen. Davon sind die meist schon aufgrund ihrer Adresse benachteiligten Jugendlichen aus Quartieren mit Unterstützungsbedarf besonders betroffen. Bereits jetzt ist absehbar, dass die Gruppe Jugendlicher, die den Übergang von Schule zu Beruf nicht schafft, wächst und langfristig negative Effekte auf Bildungsbiografien und die Verminderung von Chancengleichheit, Aufstiegs- und Inklusionschancen zu erwarten sind.

3. Verstärkung der wirtschaftlichen Ungleichheit

Es ist damit zu rechnen, dass die Folgen der Corona-Pandemie bestehende Armutsverhältnisse verfestigen und die Zahl der Menschen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, stark ansteigen wird. Besonders betroffen von pandemiebedingten Arbeitsplatzverlusten und Kurzarbeit sind Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die wiederum zu einem überproportionalen Teil in benachteiligten Gebieten leben.

Dies geht auch immer mit einem zunehmenden Ausschluss am sozialen Leben einher. Teilhabe wird durch eine Manifestierung der wirtschaftlichen Ungleichheit zunehmend und in vielfältigen Lebensbereichen erschwert. Für benachteiligte Quartiere, in denen sich diese Dynamiken besonders stark auswirken, birgt dies die Gefahr, dass sich Negativentwicklungen verstärken. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten.

4. Verstärkung der gesundheitlichen Ungleichheit

Die Corona-Pandemie wird darüber hinaus zu einer Verstärkung gesundheitlicher Ungleichheitsverhältnisse führen.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand erkranken sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen, beispielsweise aufgrund beengter Wohnverhältnisse und Erwerbstätigkeiten, die häufig kein Homeoffice zulassen, vergleichsweise häufiger und sind öfter von einem schweren Krankheitsverlauf und Post-Covid-Symptomen betroffen.

Auch langfristig sind negative gesundheitliche Auswirkungen zu erwarten, die aus Bewegungsmangel, schädlichem Ernährungsverhalten, Vereinsamung und ansteigendem Medienkonsum resultieren. Die Zunahme von depressiven Erkrankungen, Gewichtszunahme sowie ein Abbau der allgemeinen körperlichen Fitness, sind zu befürchten und in Teilen bereits zu beobachten.

5. Lücken der Digitalisierung besonders in benachteiligten Quartieren

Die Maßnahmen zur Eindämmung einer Ausweitung des Corona-Virus haben starke Einschnitte in die Alltagsrealität von Menschen zur Folge.

Auch die Akteur*innen in der Quartiersarbeit mussten immer mehr digitale Angebote einsetzen. Allerdings zeigte sich, dass so bestimmte Bewohner*innengruppen nicht mehr erreicht werden können. Die Gründe hierfür sind eine mangelnde Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten und fehlende digitale Kompetenzen, insbesondere bei älteren und alten sowie armen Menschen.

Eine nicht vorhandene digitale Infrastruktur eines schnellen und stabilen Internetzugangs, hier besonders im ländlichen Raum und in Wohngebieten des sozialen Wohnungsbaus oder aufgrund mangelnder ökonomischer Möglichkeiten, erschwert die Situation zusätzlich.

Dies gilt besonders für den Distanzunterricht/Homeschooling, bei dem viele Familien nicht in der Lage waren und sind, ihre Kinder ausreichend zu unterstützen. So konnten beispielsweise notwendige Unterlagen nicht ausgedruckt werden und eine kontinuierliche Teilnahme am digitalen Unterreicht scheiterte, da viele Haushalte nicht über einen Internetzugang verfügen sondern versuchten das notwendige Datenvolumen im Rahmen eines Prepaid-Datenvolumens abzudecken.

6. Prekäre Wohnverhältnisse und fehlender öffentlicher Raum besonders in benachteiligten Quartieren

Viele Menschen aus benachteiligten Quartieren leben in beengten und belastenden Wohnverhältnissen und sind deshalb stärker als alle anderen auf Aufenthaltsmöglichkeiten außerhalb der Wohnung, wie Stadtteileinrichtungen und öffentliche Plätze, angewiesen. Der Lockdown, die Schließung sozialer Einrichtungen und Schulen sowie Aufenthalts- und Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Bereich, stellen für Menschen in beengten Wohnverhältnissen eine wesentlich größere Herausforderung dar, als für Haushalte mit ausreichend großem Wohnraum und beispielsweise einem eigenen Garten.

In benachteiligten Quartieren ließ dies Mängel in der Versorgung mit adäquatem Wohnraum und in der Ausstattung des öffentlichen Raums noch einmal deutlich sichtbarer werden.

Vorschläge und Forderungen des Bündnisses zur Abmilderung der oben beschriebenen, zu erwartenden Folgen und Missstände:

1. **Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens**

Eine wichtige Funktion von Quartiersmanagements und Gemeinwesenarbeit ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie die Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens und dessen Strukturen im Quartier. Die Kolleg*innen vor Ort haben in der Corona-Pandemie viel Kreativität und Ideenreichtum gezeigt, um Begegnung und Austausch der Bewohner*innenschaft weiter zu ermöglichen und Isolation sowie Vereinsamung zu verhindern.

Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass wir noch lange mit dem Virus leben werden müssen. Deshalb braucht es bereits jetzt und auch nach Corona verstärkte Bemühungen und Methoden, um in eine (neue) Normalität des nachbarschaftlichen Zusammenlebens zurückkehren zu können bzw. diese zu entwickeln.

Dafür erscheint es unerlässlich, dass Gemeinwesenarbeiter*innen, Quartiersmanager*innen und Mitarbeiter*innen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Impfreihenfolge mit Mitarbeiter*innen institutioneller Betreuungseinrichtungen gleichgestellt werden. Es gilt sie schnellst möglichst vor einer Ansteckung zu schützen, damit diese ihren wichtigen Aufgaben nachkommen können. Gleichzeitig erachten wir es für wichtig, eine Teststrategie zu entwickeln, die ausreichend kostenlose bzw. refinanzierte Selbstschnelltests für Nutzer*innen der offenen Angebote der Stadtteilarbeit zur Verfügung stellt, um alle Beteiligten bestmöglich schützen zu können und erneute Kontaktabbrüche zu vermeiden.

Abgesehen von diesen kurzfristigen Maßnahmen einer Impf- und Teststrategie müssen neben Hilfenetzwerken für **Senior*innen** im Quartier, die bspw. Einkaufsdienste und Alltagshilfen anbieten und koordinieren, auch Formen des sozialen Kontakts für alle Altersgruppen wieder etabliert und teilweise neu erfunden werden. Es bedarf einer gezielten Unterstützung der **Frauen**bildungsarbeit und Förderung von Gruppenangeboten, damit diese gemeinsam Strategien zur Verbesserung ihrer Situation entwickeln können. Pädagogische und außerschulische Angebote für **Kinder und Jugendliche** sind zur Wiederherstellung des Selbstwert- und des Gemeinschaftsgefühls notwendig sowie um soziokulturelle und politische Teilhabe zu ermöglichen.

Deswegen werden insgesamt pro Quartier mehr Fördermittel für Quartiersmanagements und Gemeinwesenarbeit benötigt, die orientiert an den individuellen Bedarfslagen vor Ort flexibel eingesetzt werden können.

2. **Abmilderung der Bildungsbenachteiligung**

Um die Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Quartieren zu vermindern, muss das Prinzip der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung anerkannt und gestärkt werden:

Wir empfehlen einen Fokus auf eine sozialräumliche Öffnung hessischer Schulen. Die Vernetzung von Schulen, Jugendeinrichtungen sowie von Stadtteil- und Familienzentren in den Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen kann Synergien freisetzen und damit bei der Bekämpfung von Bildungsbenachteiligung positiv wirken. Zur Umsetzung der

notwendigen Netzwerkarbeit empfehlen wir eine zeitliche und personelle Aufstockung an Ressourcen von Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen sowie Jugendarbeiter*innen.

3. Forderungen zur Abfederung einer verstärkten wirtschaftlichen Ungleichheit

Aufgrund der Verstärkung und Manifestierung der wirtschaftlichen Ungleichheit in benachteiligten Quartieren ist mit einer erhöhten Inanspruchnahme sozialräumlicher Unterstützungssysteme, wie Beratungsstellen, Tafeln oder anderer kostengünstiger oder –freier Versorgungsangebote zu rechnen.

Die Einrichtung oder Erweiterung dieser niedrigschwelligen Beratungsangebote sowie der Ausbau kostengünstiger Versorgungsangebote im Quartier ist notwendig (allgemeine Lebensberatung, Schuldnerberatung, Schulsozialarbeit, Erziehungsberatung etc.), um die Sorgen und Nöte der Menschen zeitnah und passgenau auffangen zu können. Eine Ausweitung entsprechender kommunaler Strukturen bedarf der Unterstützung von Land und Bund. Darüber hinaus muss die sozialräumliche Orientierung staatlicher Unterstützungssysteme verstärkt unterstützt werden.

4. Forderungen zur Abmilderung der gesundheitlichen Ungleichheit in benachteiligten Quartieren

Es bedarf einer Strategie der Gesundheitsförderung auch in anderen Politikfeldern auf der Landes-, Kommunal- und Quartiersebene und idealerweise eine Vernetzung mit dem Gesundheitssektor vor Ort. Gesundheitsförderung für alle Bewohner_innen ist nur dann erreichbar, wenn Gesundheit als politisches Gesamtziel kontinuierlich in allen Politikbereichen im Sinne von „Health in all Policies“ verankert ist.

Hierfür fordern wir eine stärkere Verzahnung von Quartiersentwicklung und Gesundheitsförderung. Ähnlich wie in Niedersachsen müssen Wege gefunden werden, wie die Mittel der gesetzlichen Krankenkassen in Hessen nach § 20a SGB V für Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung in nichtbetrieblichen Lebenswelten genau dort ankommen, wo sie gebraucht werden: in den benachteiligten Quartieren Hessens.

5. Aufbau und Unterstützung der Digitalisierung

Die digitale Ausstattung von Schulen, sozialen Einrichtungen sowie privaten Haushalte in benachteiligten Quartieren muss verbessert und vorangetrieben werden. Unumgänglich ist eine flächendeckende und gleichmäßige Digitalisierung der Schulen sowie der Aufbau damit verbundener Angebote wie beispielweise geeignete, einfach zu bedienende Lernplattformen. Neben der erforderlichen Hardwareausstattung muss parallel eine entsprechende Aus- und Weiterbildung der Hauptamtlichen, Multiplikator*innen und Nutzer*innen erfolgen. Insbesondere die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen sowie von Senior*innen gilt es gezielt und nachhaltig zu fördern.

Der Ausbau einer digitalen Infrastruktur jenseits der Schulen ist in folgenden Bereichen dringend erforderlich:

- flächendeckende schnelle Internetverbindungen v.a. auch im sozialen Wohnungsbau.
- freier Zugang zu WLAN im öffentlichen Raum. Erforderlich sind hier technische Mittel, Klärung von Haftungs- und Datenschutzangelegenheiten sowie das Know-How für

den Aufbau und den Betrieb von Quartiersplattformen als zentrale Informationsschnittstellen vor Ort.
- finanzielle Unterstützung für die Anschaffung von Smartphones/Tablets bei Armut.
- Stärkung von Selbsthilfepotenzialen der Bewohner_innen über Bürgernetzwerke/-dialoge in digitaler Form.

6. Verbesserung der Wohnverhältnisse und des öffentlichen Raums in benachteiligten Quartieren

Durch die Pandemie wurde deutlich, wie wichtig eine Ausstattung mit ausreichend großem Wohnraum sowie vielfältige und qualitativ hochwertige Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum für Bewohner_innen benachteiligter Quartiere sind. Perspektivisch sollten Möglichkeiten entwickelt werden, die es auch ärmeren Bevölkerungsgruppen ermöglichen, sich größere Wohnungen zu leisten. Angemessen wäre eine Wohnraumversorgung, die den Vorgaben des geförderten Wohnungsbaus entspricht. Darüber hinaus sollten weitergehende Fördermöglichkeiten zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum entwickelt werden. Und zum Dritten benötigt es die Entwicklung von Konzepten, die flexible multifunktionale Raumnutzungen ermöglichen.

Alle genannten Forderungen, und dies möchten wir betonen, sind erste Ideen und Überlegungen.

Eine Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie in benachteiligten Quartieren ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur interdisziplinär, ebenen- und ressortübergreifend gelöst werden kann. Aus diesem Grund fordern wir, eine stärkere **interministerielle Zusammenarbeit** in Hessen. Ähnlich der ressortübergreifenden Bundesstrategie Soziale Stadt „Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier" in Hessen sollten alle Ministerien prüfen, inwiefern sie Mittel zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie in benachteiligten Quartieren zur Verfügung stellen können.

Wünschenswert wäre eine finanzielle Förderung durch das Land, um den Kommunen einen Ausbau und eine Erweiterung der Angebote zu ermöglichen. Eine ausschließliche kommunale Stützung / Kompensation über allgemeine Landeszuweisungen, um vor Ort Steuerausfälle zu kompensieren, ist nicht zielführend. Hier sollte das Land explizit seine Verantwortung wahrnehmen und mit zielgerichteten Fördermaßnahmen für gleiche Lebensverhältnisse sorgen.

Ein ressortübergreifender Sonderfonds zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie in benachteiligten Quartieren wäre eine in unseren Augen zielführende Möglichkeit. Als besonders wichtig und zielführend wird die Bereitstellung von zusätzlichen Projektgeldern für die Schaffung neuer Stellen innerhalb der Quartiere erachtet, um einen Weg in die (neue) Normalität professionell zu begleiten.

Abschließend möchten wir einen unseres Erachtens notwendigen Austauschprozess aller relevanter Ebenen und Akteur*innen anregen und die Entwicklung einer langfristigen Strategie zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie anstoßen.